

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Herrnsdorf, Bernsdorf,

Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschem 2c.

Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-
träger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Postgeb.

Frei ins Haus monatlich 42 Pfg.
vierteljährlich 1. 25 Pfg.
excl. Postgeb.

Insertionsgebühren: die sechspaltige Corpusspaltzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg.
Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Ausnahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 283.

Sonntag, den 6. Dezember 1903.

30. Jahrgang.

Wochenschau.

Der Weihnachtsmann, der nun schon fleißig seine Kunden macht, um zu sehen, wo die Artigkeit und das Gegenteil davon zuhause sind, hat auch dem deutschen Reichstag, der sich soeben wieder in seinem Heim am Königsplatz zu Berlin versammelt hat, ins Fenster gequackt und gleich einige Bescherungsstücke dort gelassen. Darunter ist eins, das er besser behalten hätte, nämlich ein Reichs-Defizit von ziemlich 60 Millionen Mark und ein Anleihe-Vorschlag von über 200 Millionen. Dem deutschen Reich geht es also, wie manchem Reichsbürger, das Kleingeld zum Ausgeben reicht nicht; bloß daß das deutsche Reich sofort und so viel geliehen bekommt, wie es haben will, während der bescheidene Reichsbürger das wohl wünschen kann, aber abwarten muß, ob sich seine Hoffnung erfüllt. Meistenteils ist das nicht der Fall. Aber auch für das Reich ist diese Art von Finanzwirtschaft, bei welcher die jährliche Zinsenlast höher und immer höher anschwillt, keine Freude; Reichsregierung und Reichstag sind sich längst einig darüber, daß es nicht so weiter gehen kann, und von den einzelnen deutschen Bundesstaaten ist sicher, daß sie nicht mehr, als jetzt der Fall, zur Reichskasse beisteuern können, ohne die Schraube für die direkten Steuern empfindlich anzuziehen. Und davon will wieder kein Mensch etwas wissen. Im Großherzogtum Baden ist bei der Eröffnung des neuen Landtages in Karlsruhe bereits angekündigt, daß eine Steuererhöhung Platz greifen muß, weil die laufenden Einnahmen nicht mehr zur Deckung des Staatsbedarfs genügen. Unmöglich darf diese Notwendigkeit für das ganze Reich Geltung gewinnen, eine allgemeine Unzufriedenheit würde die natürliche Folge sein. So wird denn, nachdem die neuen Handelsverträge abgeschlossen sein werden, ernstlich zu prüfen sein, wie die Reichsfinanzlage und das finanzielle Verhältnis zu den Einzelstaaten in gesunder Weise zu ordnen ist. Am besten wäre es, die Zoll- und anderen Einnahmen des Reiches gestaltete sich wieder so, daß durch sie das gedeckte würde, was von reichswegen aus zu bezahlen ist; dann ließe aller Streit, was werden soll, von selbst fort. Sollte daraus nichts werden, nun, so werden sich Mittel und Wege, die ohne Scheu begangen werden können, finden lassen, um die Bedürfnisse des öffentlichen Wohles zu sichern. Wir sehen ja, wie im Auslande die Finanzminister mancher Staaten, die bei weitem nicht so sicher sind, wie das deutsche Reich, flott drauflos borgen; aber was weniger soliden Regierungen eine behagliche Annehmlichkeit erscheint, ist für Deutschland keine Ehre. Niemals kann ein deutscher Reichskanzler sagen: Ach mir die Eintausend!

Nur kurze Zeit können die Reichsboten vor dem Weihnachtsfest in Berlin versammelt sein, aber die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England und die erste Lesung des Reichshaushalts für 1904 bieten redevierigen Abgeordneten schon Gelegenheit, unsere ganze Wirtschaftspolitik, wie unser innerpolitisches Leben aufzurollen. An sehr lebhaften Auseinandersetzungen wird es nicht fehlen, denn, wie aus der letzten Wahlzeit erinnerlich sein wird, ist der neue Reichstag wirklich ein neuer, zahlreiche Abgeordnete sind zum ersten Male in die deutsche Volksvertretung gewählt worden und haben das Bedürfnis, zu zeigen, daß sie nicht bloß zum Stillstehen gekommen sind.

Die Streitereien, die sich zwischen der russischen und japanischen Diplomatie in Ostasien entsponnen hatten, sind zu Ende. Die englischen Zeitungen haben so ziemlich den ganzen Sommer hindurch jede Woche mindestens einmal den bevorstehenden Ausbruch eines russisch-japanischen Krieges angekündigt, aber dabei ist es auch geblieben. Aus dem Kriege konnte ganz einfach schon um deswillen nichts werden, weil England keine Lust hatte, ihn mitzumachen. Und die Japaner allein konnten dies Wagstück doch nicht unternehmen, darüber ist ihre Regierung sich von vornherein klar gewesen. Aufsland war so stark, daß es auf keine wesentliche neu gewonnene Position zu verzichten brauchte, es wird wohl in einigen untergeordneten Fragen, um wieder seine bekannte „Friedensliebe“ (lachen darf niemand!) zu beweisen, nachgeben, und dann

wird im fernsten Osten völlige Stille sein, für die Entwicklung von Handel und Verkehr dort das Beste, was es geben kann.

Die Wiederaufrichtung der Dreyfus-Angelegenheit in Frankreich, d. h. die vom Kriegsminister André beantragte abermalige Untersuchung des Falles durch den Pariser Kassationshof, wird noch vor Weihnachten zur Entscheidung kommen und wahrscheinlich in der einen oder in der anderen Form zur völligen Freisprechung des früheren Artillerie-Kapitäns führen. Zur Zeit ist er nur von dem Antritt der in Rennes erkannten zehn Jahre Einweisung begnadigt, für unschuldig erklärt ist er nicht. Der Bank der französischen Parteien wegen dieser Sache schlägt hohe Wellen, aber da der Kriegsminister ausdrücklich anerkennt, daß verschiedene Dokumente, die Dreyfus entlasteten, dem letzten Kriegsgericht vorenthalten sind, ein anderes Belastungs-Schriftstück aber nachweislich gefälscht ist, so lassen die Dinge sich kaum noch aufhalten, der Stein rollt mit vergrößerter Kraft.

In den Volksvertretungen zu Wien und Budapest haben die Kärntner immer noch nicht verstimmen wollen, aber zwischen den beiderseitigen leitenden Staatsmännern ist nicht nur der äußere Friede wiederhergestellt, der einen Augenblick recht bedenklich gestört war, der ungarische Premierminister von Tisza hat auch alle Aussicht, die bisherige Reichstags-Obstruktion zu brechen. In ihm scheint der rücksichtslos energische Staatsmann gefunden zu sein, den die Magyaren brauchen. Man muß das zugeben, wenn auch Herr von Tisza auf die Deutsch-Oesterreicher nicht zum allerbesten zu sprechen ist. Nun müßte in Wien eine ähnliche Kraft erheben, dann wäre doch Aussicht, daß die Parlaments-Maschinen in Oesterreich-Ungarn wieder regelmäßig zu arbeiten begännen.

Aus dem Orient wird viel Klatsch berichtet, namentlich von Serbien heißt es immer wieder, der Thron des ersten Peter — der König hat sich übrigens, weil er wichtigeres nicht zu tun hatte, in Lebensgröße in Del malen lassen — wackele. Nun, eine einjährige Regierung wird wohl herauskommen!

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung am 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr.
Berlin, 4. Dez. Am Bundesratssitzung, der zu Beginn unbesetzt war, erschienen während der Wahl-gänge mehrere Bevollmächtigte, darunter Graf Hohenthal und Dr. Fischer.

Der Alterspräsident v. Winterfeldt-Menklin eröffnet die Sitzung. Eingegangen ist die Denkschrift betr. die deutschen Schutzgebiete, und der Staatsvertrag mit Schweden, betr. die Abtretung Wisnars. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.

Die Wahl des ersten Präsidenten erfolgte durch Abgaben von Stimmzetteln.

Die Wahl des 1. Präsidenten hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 353 Zettel, davon 100 weiß, also ungültig; 250 lauteten auf den Namen des Grafen Ballestrem, 2 auf den Grafen Stolberg, 1 auf Liebermann von Sonnenberg (Seiterkeit). Graf Ballestrem ist somit gewählt.

Auf die Frage, ob er das Amt annehme, erklärte Graf Ballestrem: „Meine hochverehrten Herren Kollegen! Sie haben mich wieder zum Präsidium des Reichstages berufen, der höchsten Ehrenstelle, die das deutsche Volk durch seine Vertreter zu vergeben hat. Jede hohe Ehre setzt aber auch eine hohe Pflicht und eine intensive Arbeit voraus. Wenn Ihr Präsident die hohe Ehre genießt, dann muß er auch den nicht ganz leichten Pflichten nachkommen, die mit diesem Amte verbunden sind. Seitdem Sie mich zum erstenmal zu diesem Amte berufen haben, sind fünf Jahre vergangen, und fünf Jahre sind in meinem Lebensalter keine Kleinigkeit (Bewegung). Ich stehe im 70. Lebensjahr; ich weiß nicht, ob ich auf die Dauer die nötige geistige und körperliche Frische haben werde (Widerspruch), den Pflichten meines Amtes hier nachzukommen, ich werde mich aber bemühen, es zu tun; das verspreche ich Ihnen (lebhafter Beifall). Ich kann nur wiederholen, was ich vor fünf Jahren in diesem Hause gesagt habe: Ich werde mich bemühen unter allen

Umständen die Würde des Reichstages nach außen und innen zu wahren (lebhafter, anhaltender Beifall), und mich bemühen, die Arbeiten des Reichstages zu fördern nach jeder Richtung hin, wie es die Pflicht des Präsidenten ist (lebhafter Beifall). Ich werde mich ferner bemühen, die Ordnung inner- und außerhalb dieses Saales, soweit meine Kompetenz reicht, aufrecht zu erhalten (lebhafter Beifall); aber, meine Herren, das alles kann ich nur, wenn ich Ihre allseitige Unterstützung finde, und auf diese allseitige Unterstützung rechne ich, und um die bitte ich. Ich nehme das Amt an, welches Sie mir übertragen haben!“ (lebhafter Beifall.) Graf Ballestrem übernahm hierauf den Vorsitz, mit folgenden weiteren Worten: „Erlauben Sie, daß ich als erste Betätigung meines Amtes unsern herzlichsten Dank dem ehrwürdigen Manne ausspreche, welcher bis jetzt an dieser Stelle die Geschäfte des Reichstages als Alterspräsident geleitet hat. (Beifall.) Im Namen des Reichstages spreche ich ihm unsern herzlichsten Dank aus. (lebhafter, allseitiger Beifall.)“

Das Haus trat dann in den Wahlgang für den 1. Vizepräsidenten ein. Abgegeben wurden 336 Zettel, davon 25 weiß, 1 mit zwei Namen, also gleichfalls ungültig, 239 auf den Namen des Grafen Udo von Stolberg, 68 für den Abgeordneten Singer, je 1 auf Liebermann von Sonnenberg (Seiterkeit), v. Bollmar und Bernstein. Graf Stolberg ist somit gewählt.

Graf von Stolberg erklärte: „Meine Herren! Ich nehme die Wahl dankend an und werde, soweit es an mir liegt, bestrebt sein, das Vertrauen, welches Sie mir durch die Wahl entgegenbringen, zu rechtfertigen.“

Es folgte die Wahl des 2. Vizepräsidenten. Abgegeben wurden 344 Stimmzettel, davon 103 unbeschrieben, 7 auf mehrere Namen lautend. Gültig waren also 234. Davon erhielten Dr. Paasche (nast.) 230, Liebermann von Sonnenberg 2, Prinz Schönau 1, Abg. Kroll (Ztr.) 1. Abg. Dr. Paasche ist somit gewählt. Er erklärte: „Ich nehme die Wahl mit Dank an!“

Sodann folgten die Wahlen der Schriftführer. Auf Vorschlag des Präsidenten soll die Ermittlung des Ergebnisses nach Schluß der Sitzung durch die provisorischen Schriftführer stattfinden. Der Präsident ernannte zu Duktoren die Abgeordneten Minteln (Ztr.) und Münch-Ferber (nast.). Der Reichstag ist damit konstituiert.

Präsident Graf Ballestrem: „Ich werde nicht unterlassen, Sr. Majestät dem Kaiser die vorgeschriebene Anzeige von der Konstituierung zu erlassen. Meine Herren! Wir haben schmerzliche Verluste erlitten (die Abgeordneten erheben sich), und gedenken der Abgeordneten, die zwischen ihrer Wahl und Berufung verstorben sind, der Abgeordneten Richard Köhler, v. Sperber, Hoffmann, v. Glembocki, Freiherr von Schele. Meine Herren! Wir haben weiter zu gedenken des Todes unseres langjährigen, allseitig hochverehrten und hochverdienenden Präsidenten des Reichstages, Wirklichen Geheimrats Dr. Albert von Levetzow, der am 12. August in seiner Heimat verstorben ist. Der Reichstag wird diesem langjährigen, ausgezeichneten Präsidenten ein ehrenvolles Andenken immerdar bewahren. Wir haben noch zu gedenken des früheren, verstorbenen Abgeordneten Grafen Freyding, der im Reichstag eine hervorragende Rolle einnahm. Die Herren Kollegen haben sich erhoben; ich konstatiere dies!“

Das Haus vertagte sich sodann am Mittwoch, den 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Etat (1. Lesung). Schluß der Sitzung 5¹/₂ Uhr.

Während soeben der Reichstag seine Arena zu neuen Kämpfen eröffnet, hat eines seiner Mitglieder den letzten Kampf gekämpft. Wie uns ein Telegramm aus Danabück melde, ist der bekannte welfische Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Schele plötzlich gestorben. Der Verstorbenen hat ein Alter von 67 Jahren erreicht. Außer ihm hat der Reichstag durch den Tod verloren die Abg. Roesche (fr. Brg.), Hoffmann (Soz.), v. Sperber (Konst.) und Glembocki (Pole). Der Pfarrer Goehre hat sein Mandat niedergelegt, und infolge einer Doppelwahl wurde der Abg. Rulersti neu gewählt.

Von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages werden von jetzt ab drei statt der bisherigen

zwei Mitglieder in den Seniorenkonvent des Reichstages entsandt. Es wurden hierzu die Genossen Bebel, Geyer und Singer gewählt.

Dem Reichstage ging ein Antrag Nisler zu auf Bereitstellung von Mitteln zur sofortigen Gewährung von Beihilfen an die Soldaten und Unteroffiziere aus den Jahren 1870/71 oder aus den Kriegen deutscher Staaten vor 1870, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit und anderen Gebrechen bauernb auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.

Die Rede unseres Landtagsabgeordneten Herrn Rittberger

in der Donnerstag-Sitzung der zweiten Kammer des Sächsischen Landtages, die wir gestern kurz erwähnt, hatte folgenden Wortlaut:

Meine sehr geehrten Herren! Der Herr Kollege Gräfe hat vorgestern in einer Weise Kritik an dem Vortrage vom 21. Januar d. J. zwischen unserer sächsischen Staatsregierung und dem Nachbarstaate Oesterreich, betreffend die Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen, geübt, die im Lande draußen sehr leicht zu falschen Schlussfolgerungen führen könnte. Der Herr Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schwoeder hat ja sofort und in ausführlicher Weise die Sache auf das richtige Maß zurückgeführt. Jedoch der Umstand, daß ich vom Regierungstische aus gewissermaßen als Kronzeuge mit dieser Sache in Verbindung gebracht worden bin, veranlaßt mich, auch an dieser Stelle mich eines Auftrages, dem ich mit Vergnügen nachkomme. Der Auftrag geht dahin, der hohen Staatsregierung gerade für das Zustandekommen dieses Vertrages Dank zu sagen. Unsere sächsischen Industriellen, welche mit Betrieben in Oesterreich engagiert sind, sind bis Ende vorigen Jahres in Oesterreich nicht nur mit dem Einkommen, welches sie in Oesterreich hatten, sondern auch mit dem Einkommen, das sie in Sachsen hatten, besteuert, also doppelt besteuert worden. Und das konnte ihnen wahrlich nicht gleichgültig sein, schon deshalb nicht, weil die preussischen Staatsangehörigen auch bloß einfach versteuert wurden, geschützt durch einen Vertrag, den die preussische Staatsregierung mit Oesterreich abgeschlossen hatte. Wenn nun unsere Staatsregierung im Interesse unserer sächsischen Staatsangehörigen und unserer Industrie zur Abstellung dieses Zustandes ebenfalls auf einen solchen Vertrag zugekommen ist, so darf sie auch der dankbaren Anerkennung der Industriellen versichert sein.

Der Herr Kollege Schubart hat gestern die Frage der Besteuerung der Elbschiffahrt angeregt. Ich bin Herrn Kollegen Schubart sehr dankbar dafür, daß er die Frage angeschnitten hat, denn sie hat gewissermaßen ein öffentliches Interesse. Ich darf wohl den Herrn Präsidenten bitten, mir zu gestatten, die betreffende Notiz zu verlesen. (Präsident: Wird gestattet.) So läßt sich z. B. die „Königsberger Hartungische Zeitung“ aus Hamburg folgendes melden:

„Der Hamburger Senat kann eine gründliche Korrektur der Unterelbe kaum noch aufschieben. Eine solche Regulierung kostet viel Geld. Deshalb ist der Hamburger Senat auf den genialen Gedanken gekommen, diese Summen von den Schiffahrtinteressenten wieder einzufordern in der ganz gewöhnlichen Form von Schiffabgaben, von Chausegeld gewissermaßen. Er hat auch bereits Fühler ausgestreckt, die maßgebenden Persönlichkeiten in Hamburg für den Plan zu gewinnen. Und selbstverständlich dürfte er nicht unterlassen, mit seinem Nachbar Preußen und mit Sachsen (?) sich über diesen Plan ins Benehmen zu setzen. Wir glauben in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß diese Abkehr der beiden hanseatischen Senate von der bisherigen Wasser-verkehrs-politik auf Kosten der Kleinschiffahrt — die Großschiffahrt wird ja die Abgaben schließlich leisten können — es gewesen ist, die die Segel der konservativen Kanalfronde in Preußen so mächtig geschwellt und die drei, vier Ministerien, die hauptsächlich die Verantwortung zu tragen haben werden, ermutigt hat, daß man ernstlich solche Versuche zu unternehmen sich getraut, die deutschen Ströme durch geschickte Interpretation zu abgabepflichtigen künstlichen Wasserstraßen zu machen, falls etwa beteiligte Staaten Einspruch gegen die Veränderung der alten Verträge erheben wollten.“